

1. März 2007

BMF-010311/0049-IV/8/2007

An

Bundesministerium für Finanzen

Zollämter

Steuer- und Zollkoordination, Fachbereich Zoll und Verbrauchsteuern

Steuer- und Zollkoordination, Risiko-, Informations- und Analysezentrum

VB-0730, Arbeitsrichtlinie Produktpiraterie

Die Arbeitsrichtlinie Produktpiraterie (VB-0730) stellt einen Auslegungsbehelf zu den von den Zollämtern und Zollorganen zu vollziehenden Regelungen der EG-Produktpiraterieverordnung 2004 und zum Produktpirateriegesetz 2004 dar, der im Interesse einer einheitlichen Vorgangsweise mitgeteilt wird.

Über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehende Rechte und Pflichten können aus dieser Arbeitsrichtlinie nicht abgeleitet werden.

Bei Erledigungen haben Zitierungen mit Hinweisen auf diese Arbeitsrichtlinie zu unterbleiben.

Bundesministerium für Finanzen, 1. März 2007

0. Einleitung

0.1. Einführung

(1) Durch das Inverkehrbringen von Waren, die ein Recht am geistigen Eigentum verletzen, wurde und wird den gesetzestreuen Herstellern und Händlern sowie den Inhabern von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten erheblicher Schaden zugefügt und der Verbraucher getäuscht. Die Europäische Union hat daher die Notwendigkeit erkannt, so weit wie möglich zu verhindern, dass solche Waren auf den Markt gelangen. Es wurden daher zu diesem Zweck Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung dieser illegalen Praktiken ergriffen, ohne jedoch dadurch den rechtmäßigen Handel in seiner Freiheit zu behindern. Diese Zielsetzung steht im Übrigen im Einklang mit gleichgerichteten Anstrengungen auf internationaler Ebene, insbesondere mit dem im Rahmen der WTO abgeschlossenen TRIPs-Abkommen.

(2) Soweit Waren, die ein Recht am geistigen Eigentum verletzen, aus Drittländern eingeführt werden, werden durch das Gemeinschaftsrecht die Voraussetzungen und ein geeignetes Verfahren für das Tätigwerden der Zollbehörden festgelegt, um bestmögliche Voraussetzungen für die Beachtung des Verbots der Überführung solcher Waren in den zollrechtlich freien Verkehr oder in ein Nichterhebungsverfahren zu schaffen.

(3) Das Tätigwerden der Zollbehörden erstreckt sich auch auf die Ausfuhr und die Wiederausfuhr derartiger Waren.

(4) Im Hinblick auf das Produktpirateriegesetz 2004 ist ein Einschreiten von Zollorganen auch dann möglich, wenn sie im Rahmen der ihnen sonst obliegenden Aufgaben tätig werden (z.B. mobile Kontrollen) und es offensichtlich ist, dass es sich bei den Waren um solche handelt, die ein Recht am geistigen Eigentum verletzen.

0.2. Rechtsgrundlagen

(1) Die Rechtsgrundlagen für die von den Zollämtern zu beachtenden Beschränkungen für Waren, die ein Recht am geistigen Eigentum verletzen, sind:

1. das im Rahmen der WTO ausgehandelte Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (Agreement on **T**rade-related Aspects of **i**ntellectual **P**roperty rights – TRIPs-Abkommen), BGBl. Nr. 1/1995 (Anhang 1C);
2. die Verordnung (EG) Nr. 1383/2003 des Rates vom 22. Juli 2003 über das Vorgehen der Zollbehörden gegen Waren, die im Verdacht stehen, bestimmte Rechte geistigen

Eigentums zu verletzen, und die Maßnahmen gegenüber Waren, die erkanntermaßen derartige Rechte verletzen (EG-Produktpiraterie-Verordnung 2004 – [PPV 2004](#));

3. die Verordnung (EG) Nr. 1891/2004 der Kommission vom 21. Oktober 2004 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EG) Nr. 1383/2003 des Rates über das Vorgehen der Zollbehörden gegen Waren, die im Verdacht stehen, bestimmte Rechte geistigen Eigentums zu verletzen, und die Maßnahmen gegenüber Waren, die erkanntermaßen derartige Rechte verletzen (Durchführungsverordnung zur EG-Produktpiraterie-Verordnung 2004 – [PPV-DV 2004](#));
4. das Bundesgesetz, mit dem ergänzende Regelungen über das Vorgehen der Zollbehörden im Verkehr mit Waren, die ein Recht am geistigen Eigentum verletzen, erlassen werden (Produktpirateriegesetz 2004 – PPG 2004), BGBl I Nr. 56/2004;
5. nachstehende Rechtsvorschriften betreffend folgende Schutzrechte:
 - a) das Musterschutzgesetz, BGBl. Nr. 497/1990, hinsichtlich der Musterrechte,
 - b) das Markenschutzgesetz, BGBl. Nr. 260/1970, hinsichtlich eingetragener Marken und geschützter geografischer Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel gemäß der [Verordnung \(EWG\) Nr. 2081/92](#),
 - c) das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, BGBl. Nr. 448/1984, hinsichtlich von Kennzeichen eines Unternehmens,
 - d) das Urheberrechtsgesetz, BGBl. Nr. 111/1936, hinsichtlich der Urheberrechte und der verwandten Schutzrechte,
 - e) das Patentgesetz 1970, BGBl. Nr. 259/1970, hinsichtlich eingetragener Patente,
 - f) das Schutzzertifikatsgesetz, BGBl. I Nr. 11/1997, hinsichtlich von Schutzzertifikaten, die in Österreich geltende Patente ergänzen,
 - g) das Sortenschutzgesetz 2001, BGBl I Nr. 109/2001, hinsichtlich der Sortenschutzrechte,
 - h) die [Verordnung \(EWG\) Nr. 1576/89](#) hinsichtlich von geschützten geografischen Angaben für Spirituosen sowie
 - i) die [Verordnung \(EG\) Nr. 1493/1999](#) hinsichtlich von geschützten geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Weinbauerzeugnisse,

alle diese in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Die in Abs. 1 Z 2 und 3 angeführten EU-Verordnungen regeln

a) die Voraussetzungen für ein Tätigwerden der Zollbehörden hinsichtlich von Waren, bei denen der Verdacht besteht, dass es sich um Waren handelt, die ein Recht am geistigen Eigentum verletzen,

- wenn sie zur Überführung
 1. in den zollrechtlich freien Verkehr,
 2. zur Ausfuhr oder
 3. zur Wiederausfuhr angemeldet werden oder
- wenn sie im Rahmen einer zollamtlichen Prüfung von Waren entdeckt werden, die
 1. nach Artikel 37 in das Zollgebiet der Gemeinschaft verbracht oder nach Artikel 183 ZK aus dem Zollgebiet der Gemeinschaft verbracht werden,
 2. die in ein Nichterhebungsverfahren im Sinne des Artikels 84 Absatz 1 Buchstabe a) ZK überführt werden,
 3. deren nach Artikel 182 Absatz 2 ZK mitteilungspflichtige Wiederausfuhr im Gange ist oder
 4. die in eine Freizone oder ein Freilager im Sinne des Artikels 166 ZK verbracht werden.

und

b) die von den zuständigen Stellen (Zollstellen, Gerichten) zu treffenden Maßnahmen, wenn festgestellt ist, dass die betreffenden Waren tatsächlich Waren sind, die ein Recht am geistigen Eigentum verletzen.

(3) Gemäß § 1 Abs. 2 PPG 2004 gilt das Zollrecht gemäß § 2 Abs. 1 ZollR-DG auch für die EG-Produktpiraterie-Verordnung 2004, die Durchführungsverordnung zu EG-Produktpiraterie-Verordnung 2004 und das Produktpirateriegesetz 2004, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

0.3. Innergemeinschaftlicher Verkehr

Im Rahmen der ihnen sonst obliegenden Aufgaben können die Zollorgane gemäß § 3 Abs. 2 PPG 2004 auch im innergemeinschaftlichen Verkehr tätig werden, **wenn es offensichtlich ist, dass es sich bei Waren um solche handelt, die ein Recht am geistigen**

Eigentum verletzen. In so einem Fall sind Artikel 4, Artikel 9, Artikel 11 und Artikel 13 Abs. 1 [PPV 2004](#) anzuwenden.

Diese Regelung stellt auf die gemäß § 16 Abs. 3 ZollR-DG auch außerhalb der Amtsplätze durchzuführenden Kontrollen und die dabei nach § 22 Abs. 2 und 3 sowie § 26 ZollR-DG eingeräumten Befugnisse ab, nicht nur an den Grenzen oder bei Zollämtern, sondern im gesamten Bundesgebiet Österreichs Beförderungsmittel anzuhalten und zu durchsuchen sowie Behältnisse und Waren zu prüfen und gegebenenfalls zu beschlagnahmen. Die Befugnisse nach § 22 Abs. 2 und 3 sowie § 26 ZollR-DG bestehen jedoch nur für Waren, die der zollamtlichen Überwachung unterliegen.

Eine Verbringung mutmaßlicher Pirateriewaren kann im Verkehr über die Grenzen des Anwendungsgebietes einen unzulässigen Eingriff in die Rechte des betreffenden Schutzrechtsinhabers darstellen und dem Rechtsinhaber zivilrechtliche und/oder strafrechtliche Anspruchsgrundlagen bieten. Die dabei in Frage kommenden Straftatbestände sind durchwegs Privatanklagedelikte, bei denen die Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwaltschaften) nicht von Amts wegen einschreiten. Der Rechtsinhaber kann daher (muss aber nicht) die Privatanklage einbringen.

Da mutmaßliche Pirateriewaren jedoch keinen Verboten oder Beschränkungen hinsichtlich des Besitzes oder der Verbringung (Beförderung) im Verkehr über die Grenzen des Anwendungsgebietes unterliegen, unterliegen sie weder der zollamtlichen Überwachung gemäß § 17 Abs. 1 Z 2 ZollR-DG noch den Regelungen des § 29 ZollR-DG. Zollorgane können daher gemäß § 3 Abs. 2 PPG 2004 nur dann tätig werden, wenn die Waren gemäß § 17 Abs. 1 Z 1 ZollR-DG der zollamtlichen Überwachung unterliegen, also wenn es sich um Waren handelt, für die dies im Zollkodex, in sonstigen gemeinschaftsrechtlichen Rechtsakten oder in anderen bundesgesetzlichen Bestimmungen ausdrücklich vorgesehen ist.

Es ist daher auch im innergemeinschaftlichen Verkehr nach Abschnitt 3 vorzugehen, wenn es sich um Waren handelt, die gemäß § 17 Abs. 1 Z 1 ZollR-DG der zollamtlichen Überwachung unterliegen.

1. Gegenstand

1.1. Waren, die ein Recht am geistigen Eigentum verletzen

Als Waren, die ein Recht am geistigen Eigentum verletzen, gelten gemäß Artikel 2 Abs. 1 [PPV 2004](#):

a) „nachgeahmte Waren“ (siehe Abschnitt 1.2.),

- b) „unerlaubt hergestellte Waren“ (siehe Abschnitt 1.3.) sowie
- c) Waren, die
- i) nach den österreichischen Rechtsvorschriften ein Patent (siehe Abschnitt 1.4. Abs. 2),
 - ii) ein ergänzendes Schutzzertifikat für Arzneimittel oder für Pflanzenschutzmittel (siehe Abschnitt 1.4. Abs. 3),
 - iii) ein Sortenschutzrecht nach den Rechtsvorschriften der Gemeinschaft oder denjenigen Österreichs (siehe Abschnitt 1.4. Abs. 4),
 - iv) eine Ursprungsbezeichnung oder eine geografische Angabe nach den österreichischen Rechtsvorschriften oder im Sinne der [Verordnung \(EWG\) Nr. 2081/92](#) und der [Verordnung \(EG\) Nr. 1493/1999](#) (siehe Abschnitt 1.4. Abs. 5 und 6) sowie
 - v) eine geografische Angabe im Sinne der [Verordnung \(EWG\) Nr. 1576/89](#) (siehe Abschnitt 1.4. Abs. 7)
- verletzen.

1.2. Nachgeahmte Waren

- (1) Als nachgeahmte Waren gelten gemäß Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe a) [PPV 2004](#):
- a) Waren, einschließlich ihrer Verpackungen, auf denen **ohne Zustimmung des Markeninhabers** Marken (Abs. 2) oder Zeichen (Abs. 3) angebracht sind,
 - b) alle, gegebenenfalls auch gesondert gestellten Kennzeichnungsmittel (wie Embleme, Anhänger, Aufkleber, Prospekte, Bedienungs- oder Gebrauchsanweisungen, Garantiedokumente), sowie
 - c) die mit Marken oder Zeichen nachgeahmter Waren versehenen Verpackungen, die gesondert gestellt werden.

Voraussetzung dafür, dass die unter Buchstaben a) bis c) angeführten Waren als nachgeahmte Waren gelten, ist ferner, dass

- die Marken oder Zeichen mit Marken oder Zeichen identisch sein müssen, die für derartige Waren rechtsgültig eingetragen sind, oder
- sofern die Marken oder Zeichen nicht identisch sind, dass sie in ihren wesentlichen Merkmalen nicht von solchen Marken oder Zeichen zu unterscheiden sein dürfen, wenn

also eine Verwechslungsgefahr mit rechtsgültig eingetragenen Marken oder Zeichen besteht.

(2) Gemäß § 1 des Markenschutzgesetzes sind unter Marken die besonderen Zeichen zu verstehen, die dazu dienen, zum Handelsverkehr bestimmte Waren (oder Dienstleistungen) eines Unternehmens von gleichartigen Waren (und Dienstleistungen) eines anderen Unternehmens zu unterscheiden. Bei der Beurteilung, ob ein Zeichen hierzu geeignet ist, sind alle Umstände, insbesondere die Dauer des Gebrauchs des Zeichens, nach Maßgabe der Auffassung der beteiligten Verkehrskreise zu berücksichtigen. Der Erwerb des Markenrechtes erfordert die Eintragung der Marke in das beim Patentamt in Wien geführte Markenregister, in das internationale Markenregister in Genf oder in das in das beim Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle) in Alicante (Spanien) geführte Register für Gemeinschaftsmarken. Die wesentlichsten Markenarten sind:

- a) reine **Wortmarke**: nur BLOCKBUCHSTABEN, keine bestimmte Schriftform, keine Grafik; es können sowohl Buchstaben als auch Wörter verwendet werden, z.B.



- b) **Bildmarke**: Bild ohne jeden Schriftbestandteil, z.B.



- c) **Wortbildmarke**: Bild mit Schriftbestandteil, z.B.



- d) **Dreidimensionale (körperliche) Marke**: z.B. charakteristische Form einer Dose



(3) § 9 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) schützt im geschäftlichen Verkehr einen Namen, eine Firma oder die besondere Bezeichnung eines Unternehmens oder eines Druckwerkes dahingehend, dass diese Zeichen nicht in einer Weise benützt werden dürfen, die geeignet ist, Verwechslungen mit dem Namen, der Firma oder der besonderen

Bezeichnung hervorzurufen, der sich ein anderer befugter Weise bedient. Der besonderen Bezeichnung eines Unternehmens stehen registrierte Marken, ferner registrierte Geschäftsabzeichen und sonstige zur Unterscheidung des Unternehmens von anderen Unternehmen bestimmte Einrichtungen (z.B. Ausstattungen von Waren, Verpackungen, Umhüllungen, Geschäftspapiere) gleich, die innerhalb beteiligter Verkehrskreise als Kennzeichen des Unternehmens gelten.

1.3. Unerlaubt hergestellte Waren

(1) Als unerlaubt hergestellte Waren gelten gemäß Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe b) [PPV 2004](#) Waren, die Vervielfältigungsstücke oder Nachbildungen (Kopien) sind oder solche enthalten und die

- ohne Zustimmung des Inhabers des Urheberrechts (Abs. 2) oder verwandter Schutzrechte (Abs. 3) oder
- ohne Zustimmung des Inhabers eines nach einzelstaatlichem Recht eingetragenen oder nicht eingetragenen Geschmacksmusterrechts (Abs. 4) oder
- ohne Zustimmung einer vom Rechtsinhaber im Herstellungsland ordnungsgemäß ermächtigten Person

angefertigt werden.

(2) Das Urheberrechtsgesetz schützt in seinem I. Hauptstück das **Recht des Urhebers** an Werken (d.s. eigentümliche geistige Schöpfungen) auf den Gebieten der Literatur (z.B. Sprachwerke, choreographische und pantomimische Bühnenwerke, Computerprogramme), der Tonkunst, der bildenden Künste (einschließlich der Lichtbildkunst, der Baukunst und der angewandten Kunst) und der Filmkunst. Das Recht des Urhebers umfasst

- a) das Recht, sein Werk – unabhängig vom Verfahren und von der Menge – zu vervielfältigen (Vervielfältigungsrecht),
- b) das Recht, Werkstücke feilzuhalten oder auf eine andere Art in Verkehr zu bringen, die das Werk der Öffentlichkeit zugänglich macht (Verbreitungsrecht),
- c) das Recht, sein Werk durch Rundfunk oder auf eine andere Art zu senden (Senderecht) und
- d) das Recht, sein Sprachwerk öffentlich vorzutragen, sein Bühnenwerk, sein Werk der Tonkunst oder sein Filmwerk öffentlich aufzuführen und sein Werk der bildenden Künste durch optische Einrichtungen öffentlich aufzuführen, wobei es keinen Unterschied macht,

ob die Aufführung unmittelbar oder mit Hilfe von Bild- oder Schallträgern vorgenommen wird (Vortrags-, Aufführungs- und Vorführungsrecht).

(3) Das Urheberrechtsgesetz schützt in seinem II. Hauptstück verwandte Schutzrechte.

Solche Rechte sind insbesondere:

- a) der Schutz von Vorträgen und Aufführungen von Werken der Literatur und der Tonkunst vor einer Verwertung
 - auf Bild- oder Schallträgern,
 - im Rundfunk oder
 - zur öffentlichen Wiedergabe durch andere technische Einrichtungen außerhalb des Ortes (Theater, Saal, Platz, Garten u.dgl.), an dem sie stattfinden;
- b) der Schutz der (autorierten) Hersteller von Lichtbildern oder von Schallträgern vor einer Verwertung durch Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Vorführung.

(4) Nach österreichischem Recht ist unter „**Geschmacksmusterschutz**“ der Musterschutz nach dem Musterschutzgesetz zu verstehen. Durch ein Musterrecht wird die Erscheinung eines gewerblichen Erzeugnisses – also das Design – (nicht jedoch eine hinter dem Produkt steckende Idee, Erfindung, das Erzeugungsverfahren oder ähnliches) geschützt. Der Musterschutz erfasst sämtliche Merkmale, die mit dem Auge wahrnehmbar sind, z.B. Form, grafische Gestaltung, Farbe, Glanz, Materialoberfläche. Ein Musterschutz kann nur für „neue“ Muster erworben werden. Als neue Muster sind nur solche anzusehen, die nicht mit einem bereits bestehenden, der Öffentlichkeit zugänglichen Gegenstand übereinstimmen oder mit diesem verwechselbar ähnlich sind. Der Musterschutz berechtigt den Musterinhaber, andere davon auszuschließen, Erzeugnisse betriebsmäßig herzustellen, in Verkehr zu bringen, feilzuhalten oder zu gebrauchen, wenn sie mit seinem Muster übereinstimmen oder diesem verwechselbar ähnlich sind. Der Erwerb des Musterschutzes erfordert die Eintragung des Musters in das beim Patentamt in Wien geführte Musterregister oder in das beim Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle) in Alicante (Spanien) geführte Register für Gemeinschaftsgeschmacksmuster.

1.4. Waren, die ein Patent, ein ergänzendes Schutzzertifikat, ein Sortenschutzrecht, eine Ursprungsbezeichnung oder eine geografische Angabe verletzen

(1) Gemäß Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe c) [PPV 2004](#) gelten als Waren, die ein Recht am geistigen Eigentum verletzen auch Waren, die

- a) ein Patent (siehe Abs. 2),
- b) ein ergänzendes Schutzzertifikat gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1768/92 für Arzneimittel (siehe Abs. 3),
- c) ein ergänzendes Schutzzertifikat gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1610/96 für Pflanzenschutzmittel (siehe Abs. 3),
- d) ein Sortenschutzrecht (siehe Abs. 4),
- e) eine Ursprungsbezeichnung oder eine geografische Angabe für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel (siehe Abs. 5) oder für Weinbauerzeugnisse (siehe Abs. 6) sowie
- f) eine geografische Angabe für Spirituosen (siehe Abs. 7)

verletzen.

(2) Gemäß § 1 Patentgesetz können für Erfindungen, die neu sind, sich für den Fachmann nicht in nahe liegender Weise aus dem Stand der Technik ergeben und gewerblich anwendbar sind, auf Antrag Patente erteilt werden. Das **Patent** berechtigt den Patentinhaber andere davon auszuschließen, den Gegenstand der Erfindung betriebsmäßig herzustellen, in Verkehr zu bringen, feilzuhalten oder zu gebrauchen oder zu den genannten Zwecken einzuführen oder zu besitzen. Sofern das Patent für ein Verfahren erteilt worden ist, erstreckt sich die Wirkung auch auf die durch dieses Verfahren unmittelbar hergestellten Erzeugnisse. Das Patentrecht wird mit der Eintragung in das beim Patentamt in Wien geführte Patentregister wirksam.

(3) Für Arzneimittel bzw. für Pflanzenschutzmittel, die durch ein Patent geschützt sind, kann auf Grund der [Verordnung \(EWG\) Nr. 1768/92](#) bzw. der [Verordnung \(EG\) Nr. 1610/96](#) vom Patentamt ein ergänzendes **Schutzzertifikat** erteilt werden. Ein solches Zertifikat verlängert die gesetzliche Laufzeit des Grundpatents um jenen Zeitraum, der zwischen der Einreichung der Patentsanmeldung und der Zulassung des betreffenden Produktes zum Verkehr entsprechend den diesbezüglichen Vorschriften (Arzneimittelgesetz bzw.

Pflanzenschutzmittelgesetz) liegt. Die ausgestellten Schutzzertifikate werden in das beim Patentamt in Wien geführte Schutzzertifikatsregister eingetragen.

(4) Gemäß § 3 Sortenschutzgesetz 2001 bzw. gemäß Artikel 6 der Verordnung (EG) Nr. 2100/94 kann für Sorten aller botanischen Gattungen und Arten (einschließlich Hybriden zwischen Gattungen und Arten), die unterscheidbar, homogen, beständig und neu sind, ein nationaler bzw. gemeinschaftlicher **Sortenschutz** erteilt werden. Der nationale Sortenschutz wird mit der Eintragung in das beim Bundesamt für Ernährungssicherheit in Wien geführte Sortenschutzregister, der gemeinschaftliche Sortenschutz mit der Eintragung in das beim Gemeinschaftlichen Sortenamnt in Angers (Frankreich) geführte amtliche Sortenverzeichnis wirksam.

(5) Die Kommission hat für Agrarprodukte oder Lebensmittel, die eine besondere Reputation im Heimatland oder über die Landesgrenzen hinweg erreicht haben, mit der [Verordnung \(EWG\) Nr. 2081/92](#) eine Möglichkeit **zum Schutz von geographischen Angaben (g.g.A.) und Ursprungsbezeichnungen (g.U.)** und damit verbunden eine Aufwertung von besonderen Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln mit Herkunftsbezeichnung geschaffen. Käse, Fleisch, Früchte und Gemüse und viele andere Produkte sind bereits als Ursprungsbezeichnungen oder geographischen Angaben geschützt und können mit einem der nachstehenden speziellen Logos gekennzeichnet werden.



Die geschützte Ursprungsbezeichnung (g.U.) besagt, dass Erzeugung, Verarbeitung und Herstellung eines Erzeugnisses in einem bestimmten geographischen Gebiet nach einem anerkannten und festgelegten Verfahren erfolgen müssen, z.B. Gailtaler Almkäse, Tiroler Alpkäse, Vorarlberger Bergkäse, Wachauer Marille.

Bei der geschützten geographischen Angabe (g.g.A.) besteht eine Verbindung zwischen mindestens einer der Produktionsstufen, der Erzeugung, Verarbeitung oder Herstellung, mit dem Herkunftsgebiet oder es kann sich um ein Erzeugnis mit besonderem Renommee handeln, z.B. Gailtaler Speck, Marchfeldspargel, Steirisches Kürbiskernöl.

Die geschützte Bezeichnung wird in ein von der Europäischen Kommission geführtes „Verzeichnis der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geographischen

Angaben“ eingetragen. Der Schutz ist gemeinschaftsweit und zeitlich nicht beschränkt. Berechtigte können sich gegen Rechtsverletzungen mit Ansprüchen auf Unterlassung, Beseitigung sowie Schadenersatz zur Wehr setzen.

(6) Das Recht zur Verwendung **von Ursprungsbezeichnungen oder geografischen Angaben für Weinbauerzeugnisse** ist von wirtschaftlicher Bedeutung und wird deshalb durch die [Verordnung \(EG\) Nr. 1493/1999](#) geregelt und geschützt. Als „geografische Angabe“ gilt dabei eine Angabe, die den Ursprung eines Erzeugnisses im Gebiet, in einer Region oder einem Ort eines der Welthandelsorganisation angehörenden Staates bezeichnet, soweit eine Eigenschaft, der Ruf oder ein sonstiges Merkmal des Erzeugnisses im Wesentlichen diesem geographischen Ursprung zuzuordnen ist.

(7) Anhang II der [Verordnung \(EWG\) Nr. 1576/89](#) enthält eine Liste der **geschützten geografischen Angaben für Spirituosen**. Diese Angaben sind jenen Spirituosen vorbehalten, bei denen die Produktionsphase, in der sie ihren Charakter und ihre endgültigen Eigenschaften erhalten haben, in dem betreffenden geografischen Gebiet stattgefunden hat.

1.5. Formen und Matrizen

(1) Gemäß Artikel 2 Abs. 3 [PPV 2004](#) sind Formen oder Matrizen, die speziell zur Herstellung von Waren, die ein Recht am geistigen Eigentum verletzen, bestimmt oder daran angepasst worden sind, diesen Waren gleichgestellt, sofern die Verwendung dieser Formen oder Matrizen nach den Rechtsvorschriften der Gemeinschaft oder denjenigen Österreichs die Rechte des Rechtsinhabers verletzt.

(2) Die Einfuhr oder die Ausfuhr der in Abs. 1 beschriebenen Formen oder Matrizen stellt in Österreich nur dann eine Schutzrechtsverletzung dar, wenn es sich dabei um Werkzeuge, Vorrichtungen und andere Hilfsmittel zur Herstellung **patentverletzender** Gegenstände handelt.

1.6. Rechtsinhaber

Als Rechtsinhaber gelten gemäß Artikel 2 Abs. 2 [PPV 2004](#) folgende Personen:

- a) der Inhaber einer Marke oder eines Zeichens im Sinne des Abschnittes 1.2.,
- b) der Inhaber eines Urheberrechts oder eines verwandten Schutzrechts im Sinne des Abschnittes 1.3.,
- c) der Inhaber eines Geschmacksmusterrechts im Sinne des Abschnittes 1.3.,

- d) der Inhaber eines Patents, eines ergänzenden Schutzzertifikats, eines Sortenschutzrechts, einer geschützten geografischen Ursprungsbezeichnung oder einer geschützten geografischen Angabe im Sinne des Abschnittes 1.4.,
- e) jede andere zur Nutzung der unter den Buchstaben a) bis d) genannten Rechte geistigen Eigentums befugte Person oder
- f) der oder die Vertreter der unter den Buchstaben a) bis e) genannten Personen, wobei als Vertreter sowohl natürliche als auch juristische Personen fungieren können. Zu den als Vertreter befugten juristischen Personen gelten gemäß Artikel 1 [PPV-DV 2004](#) insbesondere
- Verwertungsgesellschaften, deren einziger Zweck oder Hauptzweck darin besteht, Urheberrechte oder verwandte Schutzrechte wahrzunehmen oder zu verwalten,
 - Gruppierungen, die einen Antrag auf Eintragung einer geschützten Ursprungsbezeichnung oder einer geschützten geografischen Angabe gestellt haben,
 - Gruppierungen, die den Schutz und die Förderung einer geschützten Ursprungsbezeichnung oder einer geschützten geografischen Angabe zum Ziel haben, sowie
 - Pflanzenzüchter.

2. Aufgaben des Zollamtes Klagenfurt Villach

2.1. Zuständige Zollbehörde

(1) Gemäß § 1 Abs. 1 PPG 2004 ist das Zollamt Klagenfurt Villach¹⁾ die zuständige Zollbehörde nach Artikel 5 Abs. 2 [PPV 2004](#). Diesem Zollamt obliegt daher die Entgegennahme und Bearbeitung der Anträge auf Tätigwerden der Zollbehörde gemäß Artikel 5 Abs. 1 dieser Verordnung und des Produktpirateriegesetzes 2004 in Österreich.

¹⁾ Das Zollamt Klagenfurt Villach ist seit dem 1. März 2007 die zuständige Zollbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz. Bis zum 28. Februar 2007 war das Zollamt Villach die dafür zuständige Zollbehörde. Entscheidungen, die vom Zollamt Villach erlassen wurden, bleiben (nach Maßgabe von Artikel 9 PPV-DV 2004) weiterhin gültig.

(2) Dem Zollamt Klagenfurt Villach obliegt als zuständige Zollbehörde auch die Entgegennahme und Erfassung jener Entscheidungen von zuständigen Zollbehörden anderer Mitgliedstaaten, die

- Gemeinschaftsmarken,
- gemeinschaftliche Geschmacksmusterrechte,
- gemeinschaftliche Sortenschutzrechte oder
- gemeinschaftliche Schutzrechte an einer Ursprungsbezeichnung oder einer geografischen Angabe

betreffen und die gemäß Artikel 5 Abs. 4 [PPV 2004](#) auch in Österreich gelten.

(3) Als zuständige Zollbehörde obliegt dem Zollamt Klagenfurt Villach auch die Kontaktnahme mit dem Rechtsinhaber in jenen Fällen, in denen eine Abfertigungszollstelle die Überlassung von Waren ausgesetzt hat oder diese zurückbehält, weil der Verdacht besteht, dass es sich um Waren handelt, die ein Recht am geistigen Eigentum verletzen.

(4) Sofern bei anderen Zollstellen fachliche Fragen auftauchen, die durch diese Arbeitsrichtlinie nicht beantwortet werden können, kann diesbezüglich auch das Competence Center Gewerblicher Rechtsschutz beim Zollamt Klagenfurt Villach kontaktiert werden, das wie folgt erreichbar ist:

E-Mail: ipr@bmf.gv.at

Telefon: 04242/3028-39 oder 04242/3028-41 oder 04242/3028-52

Telefax: 04242/3028-71 oder 04242/3028-73.

2.2. Antragsverfahren

(1) Ein Antrag auf Tätigwerden der Zollbehörden muss gemäß Artikel 5 Abs. 5 [PPV 2004](#) auf einem der durch die [PPV-DV 2004](#) festgelegten Formblatt gestellt werden und muss alle Angaben enthalten, die es den Zollbehörden ermöglichen, die betreffenden Waren leicht zu erkennen, insbesondere:

- a) eine genaue und ausführliche technische Beschreibung der Waren,
- b) genaue Informationen zur Art des Betrugs, von denen der Rechtsinhaber möglicherweise Kenntnis hat, und
- c) Name und Adresse der vom Rechtsinhaber benannten Kontaktperson.

Zur Information sollten weitere Angaben übermittelt werden, sofern sie dem Rechtsinhaber bekannt sind, zum Beispiel:

- a) Wert der Originalware ohne Steuern auf dem legalen österreichischen Markt,
- b) Ort, an dem sich die Waren befinden, oder vorgesehener Bestimmungsort,
- c) Nämlichkeitszeichen der Sendung oder der Packstücke,
- d) vorgesehener Tag der Ankunft oder des Abgangs der Waren,
- e) benutztes Beförderungsmittel,
- f) Person des Einführers, des Ausführers oder des Besitzers der Waren,
- g) Herstellungsland oder -länder, benutzte Handelswege und
- h) technische Unterschiede zwischen den echten und den verdächtigen Waren.

(2) Der Antrag muss ferner die Erklärung des Antragstellers nach Artikel 6 [PPV 2004](#) und den Nachweis enthalten, dass der Antragsteller Inhaber des geltend gemachten Rechts an den betreffenden Waren ist.

(3) Über die Anträge auf Tätigwerden der Zollbehörden ist bescheidmäßig abzusprechen. Wird einem solchen Antrag stattgegeben, so ist diese Entscheidung gemäß Artikel 8 Abs. 2 [PPV 2004](#) jenen Zollstellen bekannt zu geben, bei denen die im Antrag beschriebenen Waren, die mutmaßlich ein Recht am geistigen Eigentum verletzen, abgefertigt werden könnten. Letzteres gilt ebenso für in Österreich geltende Entscheidungen von Zollbehörden anderer Mitgliedstaaten. Dabei ist wie folgt vorzugehen:

- a) Falls der Antrag nur ein Zollamt oder einige konkret genannte Zollämter betrifft, ist die Bewilligung diesem Zollamt bzw. diesen Zollämtern vom Competence Center Gewerblicher Rechtsschutz beim Zollamt Klagenfurt Villach direkt, vorzugsweise mittels E-Mail, zu übermitteln. Die Leiter dieser Zollämter haben sodann dafür zu sorgen, dass alle Abfertigungsbeamten in geeigneter Weise von der Entscheidung informiert werden. Es wird darauf hingewiesen, dass die in den Entscheidungen enthaltenen Erkennungshinweise und sonstigen von den Rechtsinhabern bekannt gegebenen zweckdienlichen Informationen ausschließlich für den internen Gebrauch der Zollverwaltung bestimmt sind und daher streng vertraulich zu behandeln sind.
- b) Sofern die Entscheidung alle Zollämter betrifft (was der Regelfall sein wird), erfolgt die Bekanntgabe durch Aufnahme des Bescheidinhaltes in die **interne** Findok unter der Kurzbezeichnung **VB-0731**, da die von den Rechtsinhabern bekannt gegebenen

Erkennungshinweise und sonstigen zweckdienlichen Informationen streng vertraulich zu behandeln sind.

2.3. Meldungen an die Kommission

Das Competence Center Gewerblicher Rechtsschutz beim Zollamt Klagenfurt Villach hat ferner

- die gemäß Artikel 8 Abs. 2 [PPV-DV 2004](#) zum Ende jedes Kalenderjahres zu erstellende Aufstellung aller schriftlichen Anträge gemäß Artikel 5 Abs. 1 und 4 [PPV 2004](#) und
- das gemäß Artikel 8 Abs. 3 [PPV-DV 2004](#) zum Ende jedes Quartals zu erstellende Verzeichnis aller Fälle, in denen die Überlassung von Waren ausgesetzt wurde oder in denen Waren zurückbehalten wurden,

zu erstellen und im Wege des Bundesministeriums für Finanzen, Abteilung IV/8, der Kommission zu übermitteln.

3. Verfahren

3.1. Anwendungszeitpunkt

(1) Gemäß Artikel 1 Abs. 1 [PPV 2004](#) können die Zollbehörden tätig werden, wenn Waren, bei denen der Verdacht besteht, dass es sich um Waren handelt, die ein Recht am geistigen Eigentum verletzen,

- a) zur Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr angemeldet werden,
- b) anlässlich ihrer Verbringung in das Zollgebiet der Gemeinschaften gemäß Artikel 37 ZK bei einer zollamtlichen Prüfung entdeckt werden,
- c) bei ihrer Überführung in ein Nichterhebungsverfahren bei einer zollamtlichen Prüfung entdeckt werden, also bei der Überführung in
 - ein Versandverfahren,
 - ein Zolllagerverfahren,
 - eine aktive Veredelung nach dem Nichterhebungsverfahren,
 - eine Umwandlung unter zollamtlicher Überwachung oder
 - eine vorübergehenden Verwendung,

- d) anlässlich der Verbringung in eine Freizone oder ein Freilager im Rahmen einer zollamtlichen Prüfung entdeckt werden,
- e) zur Ausfuhr oder zur Wiederausfuhr angemeldet werden,
- f) bei ihrer Verbringung aus dem Zollgebiet der Gemeinschaften gemäß Artikel 183 ZK bei einer zollamtlichen Prüfung entdeckt werden oder
- g) anlässlich der Mitteilung ihrer Wiederausfuhr gemäß Artikel 182 ZK im Rahmen einer zollamtlichen Prüfung entdeckt werden.

(2) Im Hinblick auf § 3 Abs. 2 PPG 2004 ist ein Einschreiten von Zollorganen auch dann möglich, wenn sie im Rahmen der ihnen sonst obliegenden Aufgaben tätig werden und es offensichtlich ist, dass es sich bei den Waren um solche handelt, die ein Recht am geistigen Eigentum verletzen. Voraussetzung ist ferner, dass die Waren gemäß § 17 Abs. 1 Z 1 ZollR-DG der zollamtlichen Überwachung unterliegen (siehe dazu auch Abschnitt 0.3.). Dies wird insbesondere bei mobilen Kontrollen der Fall sein.

3.2. Tätigwerden über Antrag

(1) Falls eine Zollstelle im Zuge eines der in Abschnitt 3.1. angeführten Anwendungsfälle feststellt, dass Waren mit solchen Waren übereinstimmen, die den in einem Bescheid des Zollamtes Klagenfurt Villach oder den in einer in Österreich geltenden Entscheidung einer Zollbehörde eines anderen Mitgliedstaates beschriebenen Waren entsprechen, die ein Recht am geistigen Eigentum verletzen, ist gemäß Artikel 9 Abs. 1 [PPV 2004](#) die Überlassung der Waren auszusetzen oder sind die betreffenden Waren zurückzuhalten. Dabei ist nach Abschnitt 3.4. vorzugehen.

(2) Dem Competence Center Gewerblicher Rechtsschutz beim Zollamt Klagenfurt Villach sind die Feststellungen, die zur Annahme führen, dass es sich um Waren handelt, die ein Recht am geistigen Eigentum verletzen, mittels Produktpiraterie-Aufgriffsmeldung (siehe Abschnitt 3.8. Abs. 1) bekannt zu geben. Das gilt auch dann, wenn die Waren Gegenstand einer in Österreich geltenden Entscheidung einer Zollbehörde eines anderen Mitgliedstaates sind. Das Competence Center Gewerblicher Rechtsschutz beim Zollamt Klagenfurt Villach hat in der Folge den Rechtsinhaber oder seinen Vertreter zu informieren.

(3) Falls das Competence Center Gewerblicher Rechtsschutz beim Zollamt Klagenfurt Villach mitteilt, dass die Bedenken der Zollstelle nicht zutreffen oder dass der Rechtsinhaber mitgeteilt hat, dass es sich um Originalwaren handelt, ist die beantragte Abfertigung

durchzuführen, sofern dem keine anderen Abfertigungshindernisse entgegenstehen, bzw. sind die Waren freizugeben.

3.3. Tätigwerden von Amts wegen

(1) Falls im Zuge eines der in Abschnitt 3.1. angeführten Anwendungsfälle für eine Zollstelle der hinreichend begründete Verdacht besteht, dass es sich bei den Waren um solche handelt, die ein Recht am geistigen Eigentum verletzen, kann diese Zollstelle von Amts wegen auch dann tätig werden, wenn (noch) kein Antrag auf Tätigwerden der Zollbehörden gestellt worden ist.

Bei **verderblichen Waren** kommt ein amtswegiges Einschreiten **nicht** in Betracht. Gemäß Artikel 6 [PPV-DV 2004](#) ist das Verfahren zur Aussetzung der Überlassung der Waren oder die Zurückhaltung der Waren im Falle von verderblichen Waren nämlich vorrangig für diejenigen Waren zu veranlassen, für die zuvor ein Antrag auf Tätigwerden gestellt wurde.

(2) Dem Competence Center Gewerblicher Rechtsschutz beim Zollamt Klagenfurt Villach sind die Feststellungen, die zur Annahme führen, dass es sich um Waren handelt, die ein Recht am geistigen Eigentum verletzen, mittels Produktpiraterie-Aufgriffsmeldung (siehe Abschnitt 3.8. Abs. 1) bekannt zu geben. Gemäß Artikel 4 [PPV 2004](#) ist die Überlassung der Waren auszusetzen oder sind die betreffenden Waren zurückzuhalten. Dabei ist nach Abschnitt 3.4. vorzugehen.

(3) Falls das Competence Center Gewerblicher Rechtsschutz beim Zollamt Klagenfurt Villach mitteilt, dass die Bedenken der Zollstelle nicht zutreffen oder dass der Rechtsinhaber nicht ausfindig gemacht werden kann oder dass der Rechtsinhaber mitgeteilt hat, dass er keinen Antrag auf Tätigwerden der Zollbehörden stellen wird, ist die beantragte Abfertigung durchzuführen, sofern dem keine anderen Abfertigungshindernisse entgegenstehen, bzw. sind die Waren freizugeben. Teilt das Competence Center Gewerblicher Rechtsschutz beim Zollamt Klagenfurt Villach hingegen mit, dass der Rechtsinhaber einen Antrag auf Tätigwerden der Zollbehörden gestellt hat, richtet sich das weitere Verfahren nach Abschnitt 3.4., Abschnitt 3.5., Abschnitt 3.6. und Abschnitt 3.7.

3.4. Aussetzung der Überlassung oder Zurückbehaltung von Waren

(1) Bei Vorliegen der Voraussetzungen des Abschnittes 3.2. oder des Abschnittes 3.3. ist die Überlassung der Waren auszusetzen, wenn sie zur Überführung

- in den zollrechtlich freien Verkehr,
- in ein Versandverfahren,
- in ein Zolllagerverfahren,
- in eine aktive Veredelung nach dem Nichterhebungsverfahren,
- in eine Umwandlung unter zollamtlicher Überwachung,
- in eine vorübergehende Verwendung oder
- zur Ausfuhr

angemeldet wurden. Die Waren sind zurückzubehalten, wenn sie

- anlässlich ihrer Verbringung in das Zollgebiet der Gemeinschaften gemäß Artikel 37 ZK bei einer zollamtlichen Prüfung entdeckt werden,
- anlässlich der Verbringung in eine Freizone oder ein Freilager im Rahmen einer zollamtlichen Prüfung entdeckt werden,
- bei ihrer Verbringung aus dem Zollgebiet der Gemeinschaften gemäß Artikel 183 ZK bei einer zollamtlichen Prüfung entdeckt werden,
- zur Wiederausfuhr angemeldet wurden,
- anlässlich der Mitteilung ihrer Wiederausfuhr gemäß Artikel 182 ZK im Rahmen einer zollamtlichen Prüfung entdeckt werden oder
- in anderen Fällen entdeckt werden und gemäß § 3 Abs. 2 PPG 2004 eingeschritten wird.

Sowohl bei der Aussetzung der Überlassung als auch bei der Zurückbehaltung handelt es sich um faktische Amtshandlungen. Die gesetzte Maßnahme ist dem Anmelder, liegt ein solcher nicht vor oder ist er bei der Abfertigung nicht anwesend, dem Besitzer gemäß Artikel 38 ZK (Verbringer) schriftlich mitzuteilen (siehe Abschnitt 3.8. Abs. 2). Diese Mitteilung hat gemäß § 4 Abs. 1 PPG 2004 folgende Hinweise zu enthalten:

1. dass die durch ein Gericht in einem Straf- oder Zivilrechtsverfahren zu treffende Entscheidung, ob diese Waren tatsächlich ein Recht am geistigen Eigentum verletzen, unterbleiben kann, wenn der Anmelder, der Besitzer oder der Eigentümer der Waren und der Rechtsinhaber einer sofortigen Vernichtung unter zollamtlicher Überwachung gemäß Artikel 11 Abs. 1 [PPV 2004](#) zustimmen, und

2. dass diese Zustimmung zur Vernichtung durch den Anmelder, den Besitzer oder den Eigentümer als erteilt gilt, wenn der Vernichtung nicht innerhalb von zehn Arbeitstagen oder im Fall leicht verderblicher Waren innerhalb von drei Arbeitstagen ab der Zustellung der Mitteilung schriftlich durch den Anmelder oder durch den Besitzer oder durch den Eigentümer widersprochen wird.

(2) Die Waren, deren Überlassung ausgesetzt wurde, haben die Rechtsstellung von Waren in vorübergehender Verwahrung. Zur Ausübung der zollamtlichen Überwachung sind die Zollorgane aber auch berechtigt, solche Waren bei Gefahr im Verzug gemäß § 26 Abs. 1 ZollR-DG zu beschlagnahmen.

Waren, die zurückbehalten werden sollen, sind immer gemäß § 26 Abs. 1 ZollR-DG zur Ausübung der zollamtlichen Überwachung zu beschlagnahmen.

(3) Für den Widerspruch gegen die in Abs. 1 angeführte Mitteilung an den Anmelder bzw. an den Besitzer gemäß Artikel 38 ZK (Verbringer) gelten die allgemeinen Formvorschriften des Zollrechts-Durchführungsgesetzes. Er hat daher zu enthalten:

- a) die Bezeichnung des angefochtenen Verwaltungsaktes,
- b) soweit dies zumutbar ist, eine Angabe darüber, welches Organ den angefochtenen Verwaltungsakt gesetzt hat,
- c) den Sachverhalt,
- d) die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt,
- e) das Begehren, die Ware nach Maßgabe des Artikels 13 [PPV 2004](#) zu überlassen.

Zur Einbringung eines derartigen Widerspruches ist der Anmelder **oder** der Besitzer gemäß Artikel 38 ZK (Verbringer) **oder** der Eigentümer der Waren befugt.

(4) Sofern die Widerspruchsfrist verstreicht ohne dass ein Widerspruch eingelegt wurde, gilt dies als Zustimmung zur sofortigen Vernichtung der Ware unter zollamtlicher Überwachung durch den Anmelder, den Besitzer gemäß Artikel 38 ZK (Verbringer) oder den Eigentümer der Ware. Dem Competence Center Gewerblicher Rechtsschutz beim Zollamt Klagenfurt Villach ist das ungenützte Verstreichen der Widerspruchsfrist mittels Produktpiraterie-Folgemeldung (siehe Abschnitt 3.8. Abs. 3) mitzuteilen. Eine solche Meldung ist auch zu erstatten, wenn der Anmelder **oder** der Besitzer gemäß Artikel 38 ZK (Verbringer) **oder** der Eigentümer der Ware einer sofortigen Vernichtung unter zollamtlicher Überwachung schriftlich zugestimmt hat

Teilt das Competence Center Gewerblicher Rechtsschutz beim Zollamt Klagenfurt Villach in Beantwortung dieser Meldung mit, dass auch der Rechtsinhaber einer sofortigen Vernichtung unter zollamtlicher Überwachung zugestimmt hat, sind gemäß § 6 PPG 2004

- aus der Sendung repräsentative Proben oder Muster zu entnehmen und als Beweismittel für ein allfälliges Gerichtsverfahren für die Dauer von sechs Monaten aufzubewahren und
- die restlichen Waren auf Kosten und auf Verantwortung des Rechtsinhabers zu vernichten oder auf andere Weise aus dem Marktkreislauf zu nehmen (z.B. Einbehaltung für Schulungszwecke der Zollverwaltung, Überlassung an den Rechtsinhaber gegen Entrichtung der Eingangsabgaben). Mit Zustimmung des Rechtsinhabers können die Waren auch karitativen Zwecken zugeführt oder auf andere Weise verwertet werden.

Die sofortige Vernichtung von Waren unter zollamtlicher Überwachung gemäß § 6 PPG 2004 ist im Fall von Nichtgemeinschaftswaren eine Vernichtung oder Zerstörung gemäß Artikel 182 ZK. Durch die Vernichtung erlischt daher gemäß Artikel 233 ZK eine im Zeitpunkt der Annahme der Anmeldung entstandene Zollsschuld. Gemäß Artikel 842 Abs. 2 Unterabsatz 1 ZK-DVO ist die Vernichtung auf der Anmeldung zu vermerken und diese von Amts wegen gemäß Artikel 66 ZK für ungültig zu erklären.

(5) Hat der Anmelder **oder** der Besitzer gemäß Artikel 38 ZK (Verbringer) **oder** der Eigentümer der Ware fristgerecht einen Widerspruch gegen die Mitteilung der Aussetzung der Überlassung oder der Zurückbehaltung eingelegt, ist das Competence Center Gewerblicher Rechtsschutz beim Zollamt Klagenfurt Villach mittels Produktpiraterie-Folgemeldung (siehe Abschnitt 3.8. Abs. 3) zu informieren. Der Widerspruch ist der bezughabenden Anmeldung bzw. dem bezughabenden Aktenvorgang anzuschließen. Einer gesonderten Erledigung dieses Widerspruchs bedarf es im Hinblick auf § 4 Abs. 2 PPG 2004 nicht, sondern es ist nach Artikel 13 [PPV 2004](#) vorzugehen. Das bedeutet, dass mit der Überlassung zugewartet werden muss, ob der Rechtsinhaber innerhalb der vorgesehenen Fristen das zuständige Straf- und/oder Zivilgericht befasst. Das Competence Center Gewerblicher Rechtsschutz beim Zollamt Klagenfurt Villach wird der aufgreifenden Zollstelle in jedem Fall mitteilen, ob der Rechtsinhaber das zuständige Gericht befasst hat.

Teilt das Competence Center Gewerblicher Rechtsschutz beim Zollamt Klagenfurt Villach in der Folge mit, dass das zuständige Gericht fristgerecht befasst worden ist, ist die Aussetzung der Überlassung oder die Zurückbehaltung so lange aufrecht zu erhalten, bis eine Entscheidung des Gerichtes vorgelegt wird oder eine außergerichtliche Einigung zwischen dem Rechtsinhaber und dem von ihm Beklagten erfolgt. Sofern das Gericht eine Beschlagnahme der Waren verfügt, sind sie dem Gericht auszufolgen. Im Fall von

Nichtgemeinschaftswaren ist allerdings schriftlich darauf hinzuweisen, dass die Waren gemäß Art. 867a ZK-DVO als in ein Zolllager übergeführt gelten und daher vor einer allfälligen Freigabe oder vor einer Vernichtung oder Verwertung neuerlich dem Zollamt zu gestellen sind.

(6) Gemäß Artikel 2 der [Verordnung \(EWG, EURATOM\) Nr. 1182/71](#) zur Festlegung der Regeln für die Fristen, Daten und Termine gelten als Arbeitstage alle Tage außer Feiertagen, Samstagen und Sonntagen. Gemäß Artikel 3 dieser Verordnung ist jener Tag, an dem das die Frist auslösende Ereignis eintritt oder an dem eine die Frist auslösende Handlung fällt, in den Fristenlauf nicht einzurechnen.

Die drei- bzw. zehntägige Widerspruchsfrist beginnt daher um 0.00 Uhr jenes Arbeitstages, der auf den Tag der Zustellung der schriftlichen Mitteilung an den Anmelder bzw. an den Besitzer gemäß Artikel 38 ZK (Verbringer) über die Aussetzung der Überlassung oder die Zurückbehaltung der Waren (siehe Abschnitt 3.8. Abs. 2) folgt, und endet um 24.00 Uhr des letzten Arbeitstages der drei- bzw. zehntägigen Frist.

Die Fristen für den Rechtsinhaber beginnen um 0.00 Uhr jenes Arbeitstages, der auf den Tag der Zustellung der Mitteilung des Competence Center Gewerblicher Rechtsschutz beim Zollamt Klagenfurt Villach an den Rechtsinhaber über die Aussetzung der Überlassung oder die Zurückbehaltung der Waren folgt, und endet um 24.00 Uhr des letzten Arbeitstages der jeweiligen Frist.

3.5. Beschau, Musterziehung

(1) Sowohl der Rechtsinhaber oder dessen Vertreter als auch alle von der Aussetzung der Überlassung oder Zurückbehaltung betroffenen Personen (insbesondere der Anmelder, der Besitzer gemäß Artikel 38 ZK (Verbringer), der Eigentümer, der Empfänger oder der Versender) sind gemäß Artikel 9 Abs. 3 [PPV 2004](#) berechtigt, die Waren, deren Überlassung ausgesetzt ist oder die zurückbehalten worden sind, zu beschauen.

(2) Dem Rechtsinhaber oder seinem Vertreter steht kein umfassendes Beschaurecht zu. Abgesehen davon, dass ihm nur eine Beschau der Waren und nicht auch eine Einsichtnahme in die Papiere zusteht, darf diese Beschau nur zu dem Zweck durchgeführt werden, um feststellen zu können, ob es sich tatsächlich um Waren handelt, die ein Recht am geistigen Eigentum verletzen. Daher sind einem Rechtsinhaber grundsätzlich nur die Waren selbst oder diejenigen Teile der Ware zur Beschau zugänglich zu machen, an Hand derer die Ware beurteilt werden kann. Als Kriterium für die Auswahl der zur Beschau auszuwählenden

Waren sind vor allem die vom Rechtsinhaber bekannt gegebenen Erkennungshinweise und sonstigen zweckdienlichen Informationen heranzuziehen.

(3) Bei der Prüfung der Waren sind gemäß Artikel 9 Abs. 3 [PPV 2004](#) über Antrag des Rechtsinhabers Proben oder Muster entnehmen und diese dem Rechtsinhaber ausschließlich zu dem Zweck, das weitere Verfahren zu erleichtern, zu übergeben oder zu übermitteln. Analysen dieser Proben oder Muster sind unter der alleinigen Verantwortung des Rechtsinhabers durchzuführen.

Die Proben oder Muster müssen, sofern es die Umstände gestatten, nach Abschluss der technischen Analyse zurückgegeben werden, bevor die Waren gegebenenfalls überlassen werden oder ihre Zurückhaltung aufgehoben wird.

3.6. Freigabe von Waren, die im Verdacht stehen, ein Patent, ein ergänzendes Schutzzertifikat, ein Sortenschutzrecht, eine Ursprungsbezeichnung oder eine geografische Angabe verletzen

(1) Bei Waren, die im Verdacht stehen, ein Patent, ein ergänzendes Schutzzertifikat, ein Sortenschutzrecht, eine Ursprungsbezeichnung oder eine geografische Angabe zu verletzen, können der Eigentümer, der Einführer oder der Empfänger die Überlassung der Waren oder die Aufhebung der Zurückhaltung derselben unter den Bedingungen des Artikels 14 [PPV 2004](#) erwirken.

(2) Die Durchführung des entsprechenden Verfahrens und die Prüfung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine solche Freigabe obliegt dem Competence Center Gewerblicher Rechtsschutz beim Zollamt Klagenfurt Villach, das die Abfertigungszollstelle schriftlich zu informieren hat, wenn die Waren im Hinblick auf Artikel 14 [PPV 2004](#) überlassen werden können oder die Zurückhaltung aufgehoben werden kann.

3.7. Entscheidung des Gerichtes

(1) Wenn vom zuständigen Gericht in einem im Anschluss an ein Tätigwerden der Zollstellen gemäß Artikel 9 [PPV 2004](#) eingeleiteten Zivilrechtsverfahren oder Strafverfahren für eine bestimmte Sendung festgestellt worden ist, dass es sich tatsächlich um Waren handelt, die ein Recht am geistigen Eigentum verletzen, dürfen diese Waren gemäß Artikel 16 [PPV 2004](#) nicht

- in das Zollgebiet der Gemeinschaft eingelassen,
- in den zollrechtlich freien Verkehr überführt,

- aus dem Zollgebiet der Gemeinschaft verbracht,
- ausgeführt,
- wiederausgeführt,
- in ein Nichterhebungsverfahren überführt oder
- in eine Freizone oder ein Freilager verbracht

werden. Ein Verstoß gegen diese Regelung ist gemäß § 7 Abs. 1 PPG 2004 als Finanzvergehen zu ahnden (siehe Abschnitt 3.9.).

(2) Wird das Zollamt verständigt, dass auch rechtskräftig auf Verfall der Waren erkannt wurde, so erlischt dadurch eine seinerzeit allenfalls entstandene Zollschuld (Art. 233 Buchstabe c ZK). Eine allenfalls entrichtete Zollschuld ist zu erstatten. Einer gerichtlichen Verfügung, was mit den für verfallen erklärten Waren zu geschehen hat, ist unter Beachtung von Art. 867a ZK-DVO zu entsprechen.

(3) Wird in einer Entscheidung nicht auf Verfall erkannt, obliegt es weiterhin dem Eigentümer, dem Einführer oder dem Empfänger über die Ware zu verfügen. Dieser Verfügungsmöglichkeit sind allerdings durch die in Abs. 1 wiedergegebenen Einschränkungen des Artikels 16 [PPV 2004](#) enge Grenzen gesetzt.

(4) In der Regel werden die Waren (ohne Entschädigung und ohne Kosten für die Staatskasse) vernichtet werden müssen. In Ausnahmefällen und nur mit Zustimmung des Rechtsinhabers ist auch das einfache Entfernen der Marken oder Zeichen, mit denen die nachgeahmten Waren rechtswidrig versehen sind, möglich.

(5) Gemäß Artikel 17 Abs. 2 [PPV 2004](#) kann bei Vorliegen einer Gerichtsentscheidung im Sinne von Abs. 1 auf die Waren, die ein Recht am geistigen Eigentum verletzen, zu Gunsten der Staatskasse verzichtet werden. Obwohl diese Waren nicht verwertet werden können, weil dies eine Schutzrechtsverletzung darstellen würde, ist die Aufgabe zu Gunsten der Staatskasse entgegen den allgemeinen Regelungen des Artikels 182 Abs. 1 ZK und des § 67 Abs. 2 ZollR-DG im Hinblick auf die spezielle Regelung des Artikels 17 Abs. 2 [PPV 2004](#) nicht abzulehnen. Die Waren sind ohne Entschädigung und ohne Kosten für die Staatskasse zu vernichten oder auf andere Weise aus dem Marktkreislauf zu nehmen (z.B. Einbehaltung für Schulungszwecke der Zollverwaltung, Überlassung an den Rechtsinhaber gegen Entrichtung der Eingangsabgaben). Mit Zustimmung des Rechtsinhabers können die Waren auch karitativen Zwecken zugeführt oder auf andere Weise verwertet werden.

3.8. Produktpiraterie-Aufgriffsmeldungen und Produktpiraterie-Folgemeldungen

(1) Die Produktpiraterie-Aufgriffsmeldungen gemäß Abschnitt 3.2. Abs. 2 (bei Tätigwerden über Antrag) bzw. gemäß Abschnitt 3.3. Abs. 2 (bei Tätigwerden von Amts wegen) an das Competence Center Gewerblicher Rechtsschutz beim Zollamt Klagenfurt Villach sind unter Verwendung des im Zoll-Standardset enthaltenen Abschnittes „Meldungen an das Bundesministerium für Finanzen“ zu erstatten. Hinsichtlich der Vorgangsweise bei der Erstattung der Meldungen bzw. des Ausfüllens wird auf die im Zoll-Standardset enthaltene Online-Hilfe (aufzurufen mit der Schaltfläche „**BI Hilfe**“) hingewiesen.

(2) Gleichzeitig mit der Aufgriffsmeldung wird eine Mitteilung im Sinne des Abschnittes 3.4. Abs. 1 erstellt, die auch die gemäß § 4 Abs. 1 PPG 2004 erforderlichen Hinweise enthält. Diese Mitteilung ist in zweifacher Ausfertigung auszudrucken. Ein Exemplar ist mit der Amtsstampiglie abzustempeln und dem Anmelder, liegt ein solcher nicht vor oder ist er bei der Abfertigung nicht anwesend, dem Besitzer gemäß Artikel 38 ZK (Verbringer) nachweislich auszufolgen. Die Zweitschrift ist mit dem Namenszeichen zu versehen, verbleibt beim Abfertigungszollamt und ist der Anmeldung anzuschließen. Liegt eine Anmeldung nicht vor, ist sie aktenmäßig zu erfassen. Nach dieser Zustellung ist das Datum der Zustellung in der Aufgriffsmeldung zu vermerken und diese sodann mit dem Befehl „Aufgriffsmeldung versenden“ zu versenden.

(3) Die Mitteilungen gemäß Abschnitt 3.4. Abs. 4 (ungenütztes Verstreichen der Widerspruchsfrist oder schriftliche Zustimmung zur Vernichtung) bzw. gemäß Abschnitt 3.4. Abs. 5 (Einlangen eines Widerspruchs) an das Competence Center Gewerblicher Rechtsschutz beim Zollamt Klagenfurt Villach sind unter Verwendung des im Zoll-Standardset enthaltenen Punktes „Meldungen an das Bundesministerium für Finanzen“ zu erstatten. Hinsichtlich der Vorgangsweise bei der Erstattung der Mitteilung bzw. des Ausfüllens wird auf die im Zoll-Standardset enthaltene Online-Hilfe (aufzurufen mit der Schaltfläche „**BI Hilfe**“) hingewiesen.

3.9. Finanzvergehen gemäß § 7 Abs. 1 PPG 2004

(1) Gemäß § 7 Abs. 1 PPG 2004 begeht ein Finanzvergehen, wer Waren, die auf Grund des Verfahrens nach Artikel 9 [PPV 2004](#) als Waren erkannt wurden, die ein Recht am geistigen Eigentum verletzen, in das Zollgebiet der Gemeinschaft verbringt, in den zollrechtlich freien Verkehr überführt, aus dem Zollgebiet der Gemeinschaft verbringt, ausführt, wiederausführt, in ein Nichterhebungsverfahren überführt oder in eine Freizone oder ein Freilager verbringt.

(2) Voraussetzung für das Vorliegen eines solchen Finanzvergehens ist,

1. eine Feststellung eines Gerichtes in einem im Anschluss an ein Tätigwerden der Zollstellen gemäß Artikel 9 [PPV 2004](#) eingeleiteten Zivilrechtsverfahren oder Strafverfahren, dass es sich bei den Waren tatsächlich um solche handelt, die ein Recht am geistigen Eigentum verletzen, **und**
2. dass diejenigen Waren, die Gegenstand dieses Gerichtsverfahrens waren, in der Folge entgegen dem Verbot des Artikels 16 [PPV 2004](#) in das Zollgebiet der Gemeinschaft verbracht, in den zollrechtlich freien Verkehr übergeführt, aus dem Zollgebiet der Gemeinschaft verbracht, ausgeführt, wiederausgeführt, in ein Nichterhebungsverfahren übergeführt oder in eine Freizone oder ein Freilager verbracht werden.

(3) Liegen nicht alle in Abs. 2 angeführten Voraussetzungen vor, liegt auch kein Finanzvergehen gemäß § 7 Abs. 1 PPG 2004 vor, weil in diesen Fällen die in Artikel 16 [PPV 2004](#) normierten Verbote nicht greifen. Somit liegt beispielsweise kein Finanzvergehen vor, wenn im Anschluss an ein Tätigwerden der Zollstellen gemäß Artikel 9 [PPV 2004](#) vom Gericht festgestellt wird, dass es sich um Waren handelt, die ein Recht am geistigen Eigentum verletzen, und danach in einer anderen Sendung gleichartige Waren eingeführt werden, die nicht Gegenstand dieses Gerichtsverfahrens waren.

(4) Gemäß § 7 Abs. 2 PPG 2004 begeht eine Finanzordnungswidrigkeit, wer vorsätzlich eine Anzeige- und Offenlegungspflicht nach der [PPV 2004](#) verletzt.

4. Ausnahmen

4.1. Umgehung vertraglich festgelegter Vertriebswege

(1) Ausgenommen von den in dieser Arbeitsrichtlinie behandelten Regelungen sind gemäß Artikel 3 Abs. 1 [PPV 2004](#)

- Waren, die mit Zustimmung des Markeninhabers mit der Marke versehen sind oder Waren mit geschützter Ursprungsbezeichnung oder geschützter geografischer Angabe oder Waren, die durch ein Patent, ein ergänzendes Schutzzertifikat, ein Urheberrecht oder verwandte Schutzrechte, durch ein Geschmacksmusterrecht oder ein Sortenschutzrecht geschützt sind und die mit Zustimmung des Rechtsinhabers hergestellt worden sind

oder

- die unter anderen als den mit den Inhabern der betreffenden Rechte vereinbarten Bedingungen hergestellt oder mit der Marke versehen worden sind

und

- die sich jedoch ohne dessen Zustimmung in einer der in Abschnitt 3.1. Abs. 1 genannten Situationen befinden.

(2) Bei derartigen, rechtmäßig gekennzeichneten oder vervielfältigten und in Verkehr gebrachten Originalwaren, die im Regelfall unter Umgehung vertraglich festgelegter Vertriebswege eingeführt oder ausgeführt werden sollen (sog. **Parallelimporte** und **-exporte** oder **Reimporte** und **-exporte** oder **Grauimporte** und **-exporte**), ist ein Tätigwerden der Zollbehörden selbst dann nicht zulässig, wenn die eingeführten Waren Gegenstand eines Bescheides des Competence Center Gewerblicher Rechtsschutz beim Zollamt Klagenfurt Villach oder Gegenstand einer in Österreich geltenden Entscheidung einer Zollbehörde eines anderen Mitgliedstaates sind.

4.2. Reisegut

(1) Ausgenommen von den in dieser Arbeitsrichtlinie behandelten Regelungen sind gemäß Artikel 3 Abs. 2 [PPV 2004](#) Waren ohne kommerziellen Charakter, die im persönlichen Gepäck der Reisenden enthalten sind, und zwar in den Grenzen, die für die Gewährung einer Zollbefreiung festgelegt sind, sofern keine konkreten Hinweise vorliegen, die darauf schließen lassen, dass diese Waren Gegenstand eines gewerblichen Handels sind.

(2) Bei derartigen, als Reisegut abgabenfrei zu belassenden Waren ist ein Tätigwerden der Zollbehörden auch dann nicht zulässig, wenn die eingeführten Waren Gegenstand eines Bescheides des Competence Center Gewerblicher Rechtsschutz beim Zollamt Klagenfurt Villach oder Gegenstand einer in Österreich geltenden Entscheidung einer Zollbehörde eines anderen Mitgliedstaates sind.